

DIE LINKE Fraktion Zollernstraße 16 52070 Aachen

Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Zollernstraße 16
52070 Aachen

Tel.: 0241 5198 3305

FAX: 0241 5198 2398

E-Mail: dielinke-fraktion@staedteregion-aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

Büro: Zimmer E 188

Aachen, den 13. März 2015

Pressemitteilung „Wo bleibt der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt?“

Die Vorstellung der Ergebnisse des Jobcenter-Geschäftsberichts 2014 gibt der Fraktion DIE LINKE Anlass zur Sorge. Trotz aller Aufschwungsrhetorik bleibt festzuhalten, dass eine Erwerbstätigkeit für viele nicht mehr zum Leben reicht. Auch der Anstieg der Zahl der Beschäftigten in der Städteregion kann nicht verschleiern, dass das Modell der unbefristeten Vollzeitbeschäftigung weiterhin auf dem Rückzug ist, während in erster Linie Teilzeitbeschäftigung und befristete Arbeitsverhältnisse boomen.

Uwe F. Löhr, Fraktionsvorsitzender der Linken, bemerkt: „Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften nimmt wieder zu. Hierbei sind offensichtlich positive Folgen des wirtschaftlichen ‚Aufschwungs‘ ausgeblieben. Die anhaltend hohe Armutsquote und prekarierte Arbeitsverhältnisse werden von den anderen Parteien wohl nicht mehr als Problem gesehen.“

Marika Jungblut, stellvertretende Vorsitzende, ergänzt: „Die Zahl der Kinder im SGB II-Bezug bleibt erschreckend hoch. Der städteregionale Durchschnitt von 20% verdeckt dabei die Tatsache, dass in manchen Kommunen und Stadtteilen der Anteil sogar noch wesentlich höher ist. Sollte die Städteregion dank des jüngsten BSG-Urteils Restmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erhalten, muss dies zwingend der Armutsprävention bei Kindern und Jugendlichen zu Gute kommen.“

Vor allem der Anstieg der Zahl der sogenannten Aufstocker gibt zu denken. Wenn laut Aussage des Jobcenter-Geschäftsführers Stefan Graaf nicht mal der kürzlich eingeführte Mindestlohn eine Trendwende einleiten kann, sind daraus folglich zwei Schlüsse zu ziehen: „Einerseits reichen 8,50€ brutto einfach nicht aus, der Armut zu entkommen, nötig sind vielmehr mindestens 10€ die Stunde, wie es DIE LINKE schon seit langem fordert; zum anderen droht die Rechnung der schwarz-grünen Kooperation im StädteRegionstag nicht aufzugehen. Diese setzte darauf, dass die Kosten der Unterkunft in diesem Jahr auch aufgrund des Mindestlohns sinken werden. Das war wohl etwas zu optimistisch gedacht“, so Harald Siepmann.

Helga Ebel, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion, fügt hinzu: „Wir werden Graafs Ankündigung, die sozialintegrativen Leistungen besser zu begleiten, beim Wort nehmen und erwarten eine verbesserte Unterstützung der Langzeitarbeitslosen. Der Grundsatz ‚Qualifizierung und Integration in den ersten Arbeitsmarkt statt Vermittlung um jeden Preis‘ ist für uns die Messlatte“.